

Rechtsstaat deportieren

Bei dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ geht es im Kern darum, Flucht zum Verbrechen zu erklären, Geflüchtete systematisch zu entrechten, auszugrenzen und kaputt zu machen.

Vorgesehen ist eine ‚Duldung light‘, ein neuer Status der Entrechteten. Betroffen sind potentiell alle aus ‚sichere Herkunftsstaaten‘, worunter wieder etwa geflüchtete Frauen aus Albanien fallen. Und alle die sich ‚Verweigerung von Mitwirkungspflichten‘ leisten, wie das Nicht-Betreten einer Botschaft. Sie können von den Behörden zu ‚Duldung light‘ herabgestuft werden. Wen kann, wen wird das treffen? Etwa eine junge Frau in Bayern. Sie floh vor einer Zwangsheirat mit ihrem Vergewaltiger und gab dazu ein falsches Alter an. Grund genug für Bayrische Behörden, sie drei Monate wegzusperren und wegen ‚fehlender Mitwirkungspflichten‘ gnadenlos abzuschieben. Mit ‚Duldung light‘ werden all diesen Menschen grundsätzlich alle Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen, den Betroffenen Arbeits-, Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten komplett verweigert und soziale Mittel stark kürzt, weit unter den vorgeschriebenen Mindestleistungen. Also rechtelos, mittellos, ausgegrenzt und beschäftigungslos. Das einzige, dem dies nutzen könnte, sind Rassist*innen und die organisierte Kriminalität, einen besseren Nährboden findet sie kaum - insbesondere hilft es der Sexsklaverei.

Es widerspricht allen Freiheits- und Gleichheitsgrundsätzen, und der Machtmissbrauch durch Behörden ist bodenlos. Das ist unmenschlicher Rassismus! Eine ‚Duldung light‘ darf es nicht geben!

Haft nur für Geflüchtete soll extrem ausgeweitet werden:

Gehorchen Geflüchtete nicht, wie etwa zur Arbeit statt zum Botschaftstermin zu gehen, soll dies mit 14 Tagen Beugehaft bestraft werden können.

Abschiebehaft soll nahezu beliebig möglich werden: Nicht erklären freiwillig auszureisen, Termine nicht wahrnehmen oder Geld für die Flucht bezahlt zu haben, soll genügen, um bis zu 18 Monate Menschen wegzusperren.

Wer nicht die Deportation von sich selbst oder seiner eigenen Kinder voranbringen will, kann dafür in Haft kommen. Das widerspricht dem Prinzip, sich nicht selbst belasten zu müssen. Es sieht die Beweislast umgekehrt, vor Die Ausländerbehörden sperren weg, die Inhaftierten müssen beweisen, dass die Haftgründe der Behörden nicht rechtmäßig sind. Ähnlich passiert das bereits mit ‚schuldhaften Scheinvaterschaften‘. Und als Krönung soll EU-Recht offen gebrochen werden, indem das Trennungsgebot verstoßen und Geflüchtete.

Wer nicht gehorcht, muss in Haft: Das ist die Handschrift faschistischer Regime.

Als Krönung soll zivilgesellschaftliches und auch juristisches Handeln kriminalisiert werden. Aktuell vorgesehen ist, Abschiebung als Geheimnis einzustufen. Es entlarvt den Charakter von Abschiebungen – einem menschenverachtenden Gewaltakt - Abschiebungen waren schon immer und sind schändlich! Abschiebungen abschaffen!

Im Windschatten rassistischer Sondergesetze nehmen Machtmissbrauch, systemische Gewalt und rechtsextreme Gewalt stark zu. Die Behörden meinen, sich alles erlauben zu können, solange sie nur die individuellen Rechte der Geflüchteten verletzen.

Etwa durch Anordnung von Hausdurchsuchungen und 3-Tagesduldungen.

In den ANKER-Zentren gibt es systematische grundlose Gewaltanwendungen durch Securitys, die teilweise in Whatsapp-Gruppen offen über Gewalt gegen Geflüchtete berichten, als sei es ein Spiel. 2018 nahmen rechtsextreme Angriffe in Deutschland stark zu. Die Dunkelziffer steigt durch Entrechtung potenzieller Opfer gleichzeitig an.



Es geht nur darum, Menschen aushungern zu lassen und kaputt zu machen.
Die Fülle an Prinzipien und Institutionen, die durch den Ausgrenzungswahn verletzt werden, zeigt aber, dass wir auf der richtigen Seite stehen:

Öffentlicher Druck konnte in den 1920ern dafür sorgen, dass Abschiebelager geschlossen werden.
Zeit, dies wieder zu tun!

Weg mit allen Abschiebeknästen und Lagern!
Geordnete Rückkehr-Gesetz in die Tonne! Rassistische Sondergesetze abschaffen!